

Im europäischen Haus

► Europapolitik hat scheinbar mit dem Alltag von Architekten wenig zu tun. Behörden im fernen Brüssel grübeln über Normen und Marktregeln, über Streitigkeiten zwischen Portugal und Polen oder über Fördermittel für Bulgarien und die Bretagne. Tatsächlich aber geht Europa auch uns sehr viel an: Von den Gesetzen und Vorschriften, die uns betreffen, kommen inzwischen etwa 70 Prozent von der EU, nicht mehr aus Berlin oder aus dem Landtag. Europa hat ein gemeinsames großes Ziel: die einzelnen Länder und ihre Bürger näher zusammenzubringen, die Barrieren abzuflachen. Das Ziel ist gut, aber das Abflachen macht nicht nur Freude. Gewohnte Regelungen aus dem eigenen Land verschwinden; neue Konkurrenz aus anderen Ländern droht. Für uns Architekten muss es darum gehen, dass einerseits Freiheiten und Chancen für Beruf und Baukultur vergrößert werden. Andererseits muss dabei bewährter Schutz erhalten bleiben, durch den wir uns überhaupt erst entfalten können.

Besonders augenfällig ist das bei der HOAI. Zu grenzenlosen europäischen Märkten passe eine Honorarordnung nicht mehr, war die vorherrschende Meinung in Brüssel. Mit den Freiheiten, die die europäische Dienstleistungsrichtlinie auf dem ganzen Kontinent schaffen wollte, sei sie nicht vereinbar. Mit der HOAI 2009 ist es nun gelungen, europagerecht zu handeln und zugleich einen bewährten Schutz für Architekten und Verbraucher in Deutschland zu bewahren: Sie gilt nur für Büros mit Sitz im Inland. Ausländische Architekten können damit bei uns ihre Planungen billiger anbieten. Leider kommt das bei uns vor, obwohl Bauen nach wie vor eine regionale Kunst ist, die ein Gefühl für den Ort und Erfahrungen mit seinen Gesetzen, Gremien und Stimmungen verlangt. Wo aber Architektur doch grenzenlos ist, nutzen heu-

te gerade auch deutsche Kollegen das Angebot der EU, anderswo zu arbeiten.

Wir müssen aber darauf achten, dass das auch der Nachwuchs kann. Nach der überstürzten Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge haben es vor allem die deutschen Hochschulen versäumt, die neuen Abschlüsse europaweit anerkennen zu lassen. Hier üben wir Druck aus, damit dies, so rasch es geht, nachgeholt wird. Die Studienreform sollte internationale Barrieren abbauen. Sie darf nicht mit dem irrwitzigen Ergebnis enden, dass sie stattdessen neue aufrichtet. Manche Kurzstudiengänge zum Bachelor oder architekturferne Spezialmaster genügen aber nicht den Europaregeln. Das sagen wir Professoren, Studenten und Bildungspolitikern deutlich – damit alle Beteiligten wissen, was ihnen blühen könnte.

In der EU-Hauptstadt Brüssel wird das europäische Architektennetzwerk ständig ausgebaut. Die Bundesarchitektenkammer unterhält hier ein dreiköpfiges Büro – für den Durchblick im komplizierten Europa und für rechtzeitige Eingriffe, wenn etwas schiefzulaufen droht. Auch sind wir in europäischen Organisationen wie dem Architects' Council of Europe (ACE) und dem European Network of Architects' Competent Authorities (ENACA) aktiv, in denen sich die Architektenkammern und Architektenverbände der EU-Mitgliedsstaaten zusammengeschlossen haben. Zu den wichtigen Aufgaben gehört es auch, in den großen europäischen Debatten die Belange der Architektur und Baukultur einzubringen. Aktuell gilt das besonders für das Thema Nachhaltigkeit. Wo dies auf der EU-Ebene diskutiert wird, klinken wir uns ein und werben mit der Kompetenz des Berufsstandes. Damit am Ende nicht nur vieles aus Brüssel im Alltag von Architekten ankommt, sondern möglichst viel Gutes. ◀



Wolfgang Haack ist als Architekt Vorstandsmitglied des Architects' Council of Europe (ACE) und Geschäftsführer der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen.